

Auszug aus MOZ bei Context XXI

<http://contextxxi.org/leserinnenbriefe-12967.html>

erstellt am: 12. Juli 2024

Datum dieses Beitrags: November 1990

LeserInnenbriefe

Betr.: MONATSZEITUNG, Mai 1990 „FKK-Bad und Zwangstätowierung“

Erstes Halbjahr 1990: Pseudolinke Gegner der Meinungsfreiheit veranstalten regelrechte Pogrome gegen die Vorträge „Die kubanische Lösung der AIDS-Frage“ und „Gleichheit statt Feminismus“ der „Initiative Neue Linke“ an der Universität Wien. Mehr als 50 gewaltlüsterne Störer rufen Erinnerungen an die dreißiger Jahre wach, als schon einmal organisierte Schlägerbanden kommunistische Veranstaltungen sprengten.

Mai 1990: Die MONATSZEITUNG nimmt diese Vorfälle zum Anlaß, um nicht etwa die bedrohte Meinungsfreiheit zu verteidigen, sondern in bewährter Manier der Umkehr von Täter und Opfer der „Initiative Neue Linke“ einen Hetzartikel zu widmen. Da der Autor offenbar mich als einzigen namentlich kennt, kriege ich auch einige Dreckwürde ab. Ungeniert bekennt er sich zum konsequent durchgehaltenen, völligen Verzicht auf Argumente: „Die ideologische Begründung, die Art und Weise der Argumentation der INL und ihrer VertreterInnen verunmöglicht eine politisch sachliche Auseinandersetzung.“ Na, wenn das so ist, dann muß man ja dreinschlagen! Noch dazu, wenn man es mit einer Art gehörntem Dämon zu tun hat: „Ehemalige KollegInnen bezeichnen ihn als extremen Egoisten, der absolut keine Kompromisse duldet, der eine ausgeprägte Fähigkeit zum Organisieren finanzieller Mittel hat.“ Schon seit jeher muß ich ein ganz

schlimmer Fanatiker gewesen sein, denn ich hatte angeblich einen ‚Stehsatz‘: „Ich habe mein Leben dem Aufbau des Rätessystems gewidmet.“ Aber „Egoismus, am Rande stehen und nicht zuletzt der ‚Urschock‘ Aids“ hätten einen politischen Wandel bewirkt, der sich in einem ‚faschistischen‘ Fordeungskatalog zur Aids-Bekämpfung ausdrücke, von dem der Leser weiter nichts erfährt, als daß es sich um „zwangsweise Tätowierung und Ghettoisierung HIV-Positiver“ handeln soll.

Hier eine nachträgliche Aufklärung derjenigen Leser, die sich mit Hetzparolen nicht zufrieden geben wollen: Wie man schon seit langem weiß, sind Kondome ein höchst unzuverlässiges Mittel zur Schwangerschaftsverhütung (eine Tatsache, der gar nicht so wenige, die jetzt ungläubig den Kopf schütteln, ihre Geburt zu verdanken haben); zur Aids-Kontrazeption verwandt, erhöht sich das Risiko um ein Vielfaches. Weder Kondompropaganda noch Pseudoaufklärungskampagnen haben auf die Ausbreitung der Seuche Aids einen wahrnehmbaren Effekt gehabt — ein Blick auf die US-Verhältnisse hätte diese Einsicht schon vor Jahren lehren können. Dagegen setzte der westdeutsche „Bund gegen Anpassung“, dessen politische Ansichten auf den Lehren von Marx, Lenin und Freud basieren, vor fünf Jahren schon ein Programm, das sich an der klassischen Seuchenhygiene orientiert, wie sie die Medizin schon seit 100 Jahren erfolgreich und unumstritten anwendet (andernfalls sähe ein nicht beträchtlicher Teil derer, die dies lesen, schon die Radieschen von unten), und das auch von der „Initiative Neue Linke“ vertreten wird.

Kern dieser Vorgangsweise ist die Untersuchung der gesamten Bevölkerung auf HIV-Infektion. Dadurch würde die — wahrscheinlich 90-prozentige — Dunkelziffer der unwissend infizierten und somit auch infektiösen Personen beseitigt und die allermeisten Infektionsketten unterbrochen. Kuba als einziges Land der Erde, das so verfährt, hat die Zahl der HIV-Opfer damit auf weniger als 300 begrenzen können. Um unverantwortliche Infizierte — und die sind gar nicht so selten — an der Weitergabe des Virus an unwissende Sexualpartner zu hindern, wird weiters vorgeschlagen, Virusträger an einer Stelle, die im normalen sozialen Leben nicht sichtbar ist, jedoch beim Geschlechtsverkehr nicht verborgen werden kann (z.B. am Schamhaaransatz), durch eine Tätowierung zu kennzeichnen. Infizierte wären mithin in keiner Weise beeinträchtigt und nur beim Geschlechtsverkehr erkennbar, den sie ja ohnedies unterlassen sollen.

Wäre dieses menschenfreundliche und effiziente Programm durchgeführt worden, als es zum ersten Mal gefordert wurde, so gäbe es in Österreich heute wahrscheinlich nur einige hundert Infizierte anstatt einige zehntausende (deren Zahl ungehindert weiter ansteigt), denen in den nächsten Jahren ein langer, qualvoller Tod bevorsteht. Und das Sexualleben aller wäre von der bedrückenden Angst vor AIDS-Ansteckung befreit.

Damit wären wir auch bei der Frage angelangt, wer hier in Wahrheit einen politischen Wandel durchgemacht hat. Seit wann soll es denn links sein, der ungehinderten Ausbreitung einer tödlichen Seuche das Wort zu reden

(katholisch wäre hier wohl der passendere Begriff), die einzigen griffigen Gegenmaßnahmen zu verketzern und ihre öffentliche Vorstellung und Diskussion gewaltsam zu unterbinden.

Harald Steiner, Wien

Betr.: MONATSZEITUNG allgemein

Liebe Freunde,

mit bestem Dank habe ich die beiden Ansichtsexemplare Eurer MONATSZEITUNG in Empfang genommen.

Für mich als Berliner ist das Gros der Themen etwas ‚weit weg‘.

Es gab und gibt trotzdem eine Menge Themen, die sich nicht lokal abstecken und voneinander entfernen lassen. Insgesamt gefällt mir die MONATSZEITUNG schon recht gut. Warum ich trotzdem nicht abonniere: Ich schaffe schon so nicht, alles durchzuarbeiten (denn durchblättern will ich nicht), was täglich, wöchentlich und monatlich auf meinem Schreibtisch landet.

Ein kleines ‚Pfu‘ wegen der Karikatur auf der Seite 82 der Septemerausgabe. Ihr könntet ruhig die (arabische) Quelle dieser Zeichnung angeben!!

Artikel „30 Jahre Golfkrieg“ nicht schlecht!

Alles Gute,

Achmed A. W. Khammas, Berlin

Betr.: MONATSZEITUNG allgemein

Leider lief mein MONATSZEITUNG-Abo eines Tages ab (ich übersah wohl den Zahltermin), möchte es erneuern und bei der Gelegenheit gleich sagen, daß dieses MONATSZEITUNG-Organ eine/n die dumpfe Provinzialität und parteipolitische Begrenztheit der österreichischen Medien- und Politlandschaft wenigstens einmal monatlich vergessen läßt. Warum eigentlich nicht wöchentlich?

Was ich neben der sorgsam, liebevollen Bebilderung (etwa die Kakteen in verschiedenen Verfallsstadien zum Thema Großdeutschland) prinzipiell sehr gut finde, ist eure Berichterstattung über sonst unterbelichtete Winkel der „1.-4. Welt“ oder über gerne vergessene Bewegungen (z.B. Anti-P-

sychiatrie), weiters der Mut zur linken, marxistischen, feministischen Analyse in aller Vielfalt, wobei auch gelegentlich die neuesten Denk-Moden reinrutschen dürfen. Die Integration von Beiträgen aus den Frauenbewegungen finde ich ebenfalls erfreulich und wichtig, weil nur so das Ghetto der manchmal allzu autonomen Zirkel aufgebrochen wird; so war mir zwar Birge Krondorfers Bericht über die 6. Frauensommeruni selbst zu sehr gefangen im philosophisch verbrämten Gewirr der postmodernen Verwirr-Begrifflichkeit (für mich ging dieses Ereignis eher in Richtung politischer, wissenschaftlicher Katastrophe), aber immerhin: Es gibt ein Forum, Bezüge sind herstellbar ... dieses Land ist vielleicht gar nicht nur zum Auswandern.

Liebe Grüße aus Salzburg,

Ulrike Körbitz

Betr.: MONATSZEITUNG allgemein

Gehrte Redaktion!

Entschuldigen Sie, daß ich auf russisch schreibe. Ich verstehe Deutsch zwar nicht schlecht, tue mir aber beim Schreiben schwer. Ich bekomme Ihre Zeitschrift jeden Monat und verstehe sie ganz gut, vielen Dank! Ich würde Ihnen gerne meine Ansichten über die Perestroika in der Sowjetunion mitteilen. Perestroika und Demokratie sind meiner Meinung nach Schlagworte. Solange die Kommunisten an der Macht sind, kann in der Sowjetunion keine Demokratie existieren. Die sowjetische Verfassung ist praktisch nicht in Kraft. Dafür kann ich Ihnen Beispiele nennen. Erstens: Litauen kann den Verband der Sowjetunion nicht verlassen, obwohl die sowjetische Verfassung jeder Republik das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt. Zweitens: Laut Verfassung hat der Bürger das Recht, sich zu jeder beliebigen oder zu keiner Religion zu bekennen, religiöse Kulte zu verrichten oder atheistische Propaganda zu betreiben. Religiöse Menschen jedoch, denen der Dienst in der Armee auf Grund ihrer Religion verboten ist, zum Beispiel die Zeugen Jehovas, kommen, wenn sie das Einberufungsalter in die Armee erreicht haben, wegen Umgehung der Militärpflicht ins Gefängnis oder ins psychiatrische Krankenhaus. Ich möchte damit ausdrücken, daß in

diesem Fall die Verfassung dem Strafkodex widerspricht. Ich könnte noch eine Reihe von Beispielen anführen.

Ich beende meinen Brief mit Hochachtung.

*Kamschinkow Ruslan Vigorjewitsch
Usbekistan, Stadt Jangier, UdSSR*

Betr.: Leserbrief bzgl. Unfähiges grünes Marketing

Die ‚Firma‘ Grüne Alternative Liste hat es geschafft, Marktforschungsergebnisse, die ihr ein hervorragendes Abschneiden beim Unternehmenswettbewerb ‚Nationalratswahlen‘ prognostizierten, durch völlige Ignoranz elementarster Marketing-Prinzipien in ein an und für sich (im Vergleich zu der jahrelang mühsam getätigten Produktpflege) blamables ‚Achtungsergebnis‘ umzuwandeln.

Man stelle sich vor: Da hat die Firma Grüne Alternative Liste nach Jahren ein hervorragendes Produkt auf den Markt gebracht, das beim Konsumenten ‚Wähler‘ auch phantastisch ankommt und innerhalb kürzester Zeit bundesweit zum Verkaufsschlager wird, was bei grünen Produkten geradezu als Ausnahme gilt. Unfähige Werbestrategen ziehen diesen Renner aber aus dem Verkehr, da sie fürchten, daß der Rest der Produktpalette darunter leiden könnte, vernachlässigen völlig den anzustrebenden ‚Gesamtumsatz‘, sprich Wahlergebnis! Zum Teil (gewiß gute, aber) unbekannte Produkte werden kurzfristig, ohne die unbedingt erforderliche Einführungsphase auf den Markt geworfen — der Konsument zögert (verständlicherweise), zuzugreifen. Produkte, die sich bereits — wie der ‚Markt Salzburg‘ zeigte — nur schlecht verkaufen ließen, werden krampfhaft bundesweit gepusht.

Fazit: Wertvolle Marktanteile gehen an andere politische Firmen verloren, getreu dem fatalen grünen Firmengrundsatz: „Spitzenprodukte nur nicht allzu bekannt werden lassen. Da opfern wir schon lieber Umsätze, sprich Mandate!“ Für jene, welche es noch nicht verstanden haben: Peter Pilz kalt — und dafür ein Quartett aufzustellen und auf eine kurze Firmenbezeichnung (z.B. GRÜ, GAL) zu verzichten, zeigt die Un-

fähigkeit der grünen Produkt-Manager, vorhandene Marktvorteile zu nützen. Viele Bürgerinitiativen, die seit Jahren (unbezahlt) Energien, Geld und Zeit opfern und auf eine starke Vertretung im Parlament gehofft haben, werden es den Machern in der Wiener Grünzentrale danken.

*Dr. Michael Beer,
Bürgerliste Zell am See*

**Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein**

Liebe MONATSZEITUNG!

Vielen Dank für das verbilligte Abo. Eine für unser Budget sehr spürbare Hilfe. Wir freuen uns schon auf das gewünschte Buch LEDL: „Vatikan“. Kurz zu unserer Bücherei: Ursprünglich VOLKSBÜCHEREI in kirchlicher Trägerschaft, dann gemeinsame Trägerschaft mit der Gemeinde (2.000 EinwohnerInnen) 1986, unser Platz im Pfarrheim wird zu klein. Die Gemeinde bietet in einem Neubau doppelt so viel Platz mit E-Heizung, Wasser und WC. Wir neh-

men die Chance wahr und übersiedeln. Spannung mit dem Pfarrer erreicht den Höhepunkt: Kirche kündigt die Mitträgerschaft. Grund: Unter anderem unser Buchbestand (Küng u.a. Bücher seien nicht tragbar). Dadurch mußten wir auch auf die diözesane Förderung verzichten. Leider! Aber das Interesse ist sehr gestiegen, Gott sei Dank!

Freundliche Weststeirer-Grüße

*Ihr Josy Reinbacher,
Büchereileiter,
St. Stefan ob Stainz.*